

Bericht über die Entwicklung in POLEN

Juni 1963

I.	<u>POLITISCHE EREIGNISSE</u>	Seite: 1
1.	Noch keine Entscheidung im internen Parteikampf	1
2.	"Kultura" - wenig anspruchsvoll	4
3.	Zum Tode von Johannes XXIII.	6
4.	Die polnischen Bischöfe und die Papstencyklika	7
5.	Der KENNEDY-Besuch in Deutschland	9
6.	Harold WILSON in Warschau	10
7.	GOMULKA in Ostberlin	10
II.	<u>WIRTSCHAFT</u>	12
1.	Ergebnisse des ersten Halbjahres	12
2.	Gegen die Zerstückelung der Bauernhöfe	13
III.	<u>SOZIALE PROBLEME</u>	15
1.	HENNECKE nicht gefragt!	15

Herausgegeben vom Ostbüro der SPD - Bonn

I. POLITISCHE EREIGNISSE

1. Noch keine Entscheidung im internen Parteikampf

Der seit einigen Jahren geführte interne Kampf in der kommunistischen "Vereinigten Arbeiterpartei Polens" wurde vor fast genau 12 Monaten zum ersten Male der polnischen Öffentlichkeit bekannt. Dies geschah nicht etwa durch eine Verlautbarung offizieller polnischer Stellen, sondern durch die Sendereihe einer westlichen Rundfunkstation, die in polnischer Sprache sendet. Zum ersten Male erfuhren damals die Bürger Polens von der Existenz der sogenannten Partisanengruppe, die deutlich neostalinistische Tendenzen vertritt.

Die Leitung der Partei versuchte damals, nachdem die Sache publik geworden war, den Schein der Einigkeit der polnischen Kommunisten nach außen hin zu wahren. Auch die neostalinistischen Kräfte waren keineswegs daran interessiert, im Licht der Öffentlichkeit zu stehen. Die von den Neostalinisten angegriffenen Kräfte der Partei glaubten aber im Gegensatz zu ihren Feinden, daß eine Flucht in die Öffentlichkeit ihrer Sache dienlicher wäre. Sie wollten nicht schweigende Opfer eines untergründig geführten Kampfes sein und sorgten in manchen Fällen sogar dafür, daß man auch im westlichen Ausland über die Vorhaben und Methoden der Neostalinisten genau informiert wurde. Es ist z.B. ein öffentliches Geheimnis in Warschau, daß ein prominenter Altkommunist jüdischer Herkunft und Leiter des größten Parteiverlages wegen solcher "gezielten Indiskretionen" seines Postens enthoben wurde und einem Parteiverfahren entgegensieht.

Die Taktik der Neostalinisten bestand in den letzten Monaten darin, die ihnen unbequemen Funktionäre einen nach dem anderen "abzuschies- sen". Sie haben sich vornehmlich auf Presse, Rundfunk und Fernsehen konzentriert und dieses Gebiet systematisch "durchgekämmt". Ihre Opfer waren meistens Journalisten, die wegen ihrer "liberalen" Einstellung, wegen ihrer angeblichen pro-westlichen Sympathien usw. verdächtig waren. Auffallend war weiter die Tatsache, daß es sich bei allen "Abgeschossenen" ohne Ausnahme um Juden handelte.

parteichef GOMULKA, der selbst keiner antisemitischen Regung verdächtig ist, verhielt sich vollkommen passiv, als vor seinen Augen ein Jude nach dem anderen seinen Posten räumen mußte. Prominenteste Opfer dieser spezifischen "Säuberung" wurden der Programmdirektor des Fernsehens, Jerzy PANSKI, und der Chefredakteur einer inzwischen liquidierten Wochenzeitschrift, Gustav GOTTESMANN. GOMULKA akzeptierte ihre Absetzung, weil seine Mitarbeiter ihm dargelegt haben, daß die beiden - jeder in seinem Bereich - Tendenzen geduldet hätten, die man eher als bürgerlich-liberal denn als kommunistisch bezeichnen könnte.

Die Neostalinisten zielten aber viel höher und wollten sich nicht darauf beschränken, mittlere Funktionäre kaltzustellen. Ihr Hauptfeind war seit langem ein Mann, der früher zu den einflußreichsten im kommunistischen Polen gehörte: Roman ZAMBROWSKI, Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretariats.

ZAMBROWSKI war ein Mann, der niemals "liberal-bürgerlicher" Tendenzen verdächtig werden konnte. Vor dem Oktober 1956 genoß er den Ruf eines der eifrigsten und fanatischsten Stalinisten. Sein Anschluß an GOMULKA nach dem Oktoberumschwung erweckte allgemeines Erstaunen. ZAMBROWSKI trägt auch einen großen Teil der Verantwortung für die beschleunigte Abkehr vom "Oktober" in den ersten Jahren des GOMULKA-Regimes. Aber später geschah etwas, was im internen Machtkampf der polnischen Kommunisten schon mehrmals vorkam: die Fronten haben sich gewendet. ZAMBROWSKI wurde von der neostalinistischen "Partisanengruppe" zum Hauptgegner erklärt und fand sich unerwartet auf der gleichen Seite der Barrikade mit Menschen, die früher keineswegs zu seinen Gesinnungsfreunden gerechnet werden konnten. Die gemeinsame Bedrohung durch die Neostalinisten brachte Zambrowski den gemäßigten Kräften der Partei nahe. Der frühere Dogmatiker wurde auf diese Weise zum Verbündeten der "Liberalen" und "Revisionisten".

Obwohl die Differenzen zwischen den beiden sich bekämpfenden Fraktionen der Partei immer schärfer wurden, verschob GOMULKA eine Auseinandersetzung im Zentralkomitee so lange es nur ging. Nach einem fast einjährigen Zögern beschloß er erst vor einigen Wochen, den Verlauf der ideologischen Fronten zu klären. Am 29. Juni erschien in der Parteipresse Polens eine Bekanntmachung über die Einberufung des Zentralkomitees für den 4. Juli. Auf dem Programm standen ideologische und organisatorische Fragen.

doch bevor die Diskussion im höchsten Parteigremium beginnen konnte, überraschte Roman ZAMBROWSKI die Öffentlichkeit in Polen durch seinen freiwilligen Rücktritt vom Posten eines Politbüromitglieds und ZK-Sekretärs. Diese Meldung erschien in der polnischen Presse genau 24 Stunden vor dem Beginn der lange erwarteten ZK-Sitzung.

Mit diesem demonstrativen Schritt wollte ZAMBROWSKI zweifellos die Öffentlichkeit auf die Vorgänge in der Partei aufmerksam machen. Er muß wohl zu der Überzeugung gekommen sein, daß seine Position in der Parteispitze nur sehr schwer zu halten sein würde und wollte seinen Feinden nicht die Genugtuung geben, ihn in offener Sitzung zu stürzen. Man kann sich aber auch denken, daß ZAMBROWSKI noch ein anderes Ziel im Auge hatte, nämlich die Position seiner Anhänger zu verbessern.

Die Mehrheitsverhältnisse im polnischen ZK sind nicht in jedem Falle leicht vorauszusehen. Ein großer Teil der ZK-Mitglieder hielt sich dem Parteihader bis jetzt fern und man konnte nur sehr vage vermuten, für wen mancher führende Funktionär in einer geheimen Abstimmung seine Stimme geben würde. ZAMBROWSKI wollte sicher nicht, daß seine Person eine Belastung für seine Anhänger würde. Die Flucht in die Öffentlichkeit, die er durch seinen demonstrativen Rücktritt wählte, sollte auch seine Feinde, die sich bis jetzt ziemlich lichtscheu zeigten, konfus machen.

Es scheint, daß die Rechnung ZAMBROWSKIs mindestens zum Teil aufgegangen ist. Sein schärfster Rivale, der ZK-Sekretär Ryszard STRZELECKI, avancierte entgegen allgemeiner Erwartung nicht zum Politbüromitglied. Zwei neue Parteisekretäre, die bestellt wurden, der bisherige Leiter des Pressebüros beim ZK, Artur STAREWICZ, und der bisherige Botschafter in Moskau, Boleslaw JASZCZUK, verhielten sich im internen Parteikampf neutral.

Das alles sieht keineswegs nach einem eindeutigen Sieg der Neostalinisten aus. Die Entscheidung ist also während des letzten ZK-Plenums noch nicht gefallen. Aber die reaktionären Kräfte sind seit Monaten in der Offensive und werden ihre Angriffe weiter steigern, um noch vor dem nächsten Parteitag, der für die erste Hälfte des kommenden Jahres angesetzt wurde, eine Entscheidung herbeizuführen.

2. "Kultura" - wenig anspruchsvoll

Mitte Juni erschien in Warschau eine neue Wochenzeitschrift "Kultura". Gleichzeitig stellten zwei andere Wochenzeitschriften ihr Erscheinen ein, die, ebenso wie "Kultura", den Fragen der Kunst und Literatur gewidmet waren.

Die Liquidierung von "Przegląd Kulturalny" und "Nowa Kultura", so waren ihre Titel, erregte großes Aufsehen und tiefe Besorgnis in intellektuellen Kreisen Polens. Gegründet waren die beiden Zeitschriften in der trübsten Zeit der stalinistischen Ära, aber während der Zeit der "großen Diskussion" nach dem XX. Parteitag in Moskau öffneten sie ihre Spalten den Menschen, die eine Erneuerung der kommunistischen Doktrin im Sinne hatten. Später gerieten sie wieder unter stärkere Kontrolle der Parteiorgane, aber etwas von dem alten "Geist des Oktobers" blieb in ihnen bis zuletzt erhalten. Das galt insbesondere für den von Gustav GOTTESMANN redigierten "Przegląd Kulturalny".

Die Überbleibsel der "revisionistischen" Gedanken, das relativ hohe intellektuelle Niveau, das Interesse, mit dem kulturelle Strömungen aus dem Westen verfolgt wurden, das alles war der notorischen Halbintelligenz unter den führenden Kulturfunktionären der Partei ein Dorn im Auge. Der neostalinistische Parteisekretär für Kulturfragen, Ryszard STRZELECKI, der in den letzten Jahren mit Unterstützung der "Partisanen" und in vielen Fällen auch GOMULKAs eine neue verschärfte Linie der Kulturpolitik vertrat, setzte eine Auflösung der "westlich infizierten" Zeitschriften durch und gründete eine Art von halboffiziellem "Privatorgan", die schon genannte "Kultura".

"Wir wollen alles vermeiden, so bekannte die Redaktion in der ersten Nummer der neuen Wochenzeitung, "was die Schwäche (der aufgelösten Zeitschriften) war. Wir wollen uns nicht an geschlossene kleine Kreise von kulturellen Feinschmeckern wenden, sondern an viele Tausende von Konsumenten der Kultur."

"Wir leben in einer Welt, die durch zwei sich bekämpfende Systeme geteilt ist. Wir leben in einem Lande, das den Sozialismus erst aufbaut. Noch sind wir weit davon entfernt, eine neue Gesellschaft, ihre Ethik, ihre Psyche und ihre Sitten geformt und geprägt zu haben. Darum ist die polnische Wirklichkeit die Wirklichkeit eines Kampfes mit der

reaktionären Ideologie, die durch viele Kanäle aus der kapitalistischen Welt einströmt und auf dem heimatlichen Boden wuchert. Dieser Kampf wird durch die friedliche Koexistenz nicht gemildert, sondern im Gegenteil verschärft. Die Front dieses Kampfes verläuft auch durch das Gebiet der Kultur."

"Wir werden die kulturellen Errungenschaften der Länder propagieren, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen. Ihr reiches, vielseitiges und dynamisches Schaffen kennen wir immer noch nicht ausreichend. Wir werden auch vom Standpunkt unserer Ideologie die Werke des Westens in der Literatur, im Film und im Theater würdigen, die uns unsere Kulturpolitik in den letzten Jahren so reichlich zugänglich machte. Zu selten fand man die richtige Einstellung zum bürgerlichen Inhalt dieser westlichen Kulturproduktion, man war den Einflüssen der Mode und des Snobismus gegenüber nicht widerstandsfähig genug, man fand auch selten den Mut, offen zu sagen, wenn ein Buch oder ein Film eine Tendenz vertrat, die uns völlig fremd war."

"Wir werden uns aber vor allem mit zeitgenössischen polnischen Werken befassen, wir werden das kulturelle Schaffen inspirieren, das sich für die Sache des sozialistischen Aufbaus engagiert, und werden es gebührend unterstützen. Das Tempo dieses Aufbaus hängt vor allem davon ab, wie stark das sozialistische Bewußtsein der Bürger Volkspolens ist. Die Menschen werden aber durch die Kultur und ihre Werke geformt. Jede Gattung des kulturellen Schaffens müßte nach Möglichkeit an der allgemeinen sozialistischen Produktion teilnehmen."

Was die jetzigen Kulturfunktionäre vorhaben, ist also ganz klar: sie wollen den polnischen Kulturschaffenden eine Linie aufzwingen, die etwa den aktuellen sowjetischen Tendenzen in der Kulturpolitik entspricht. Diese Tendenz ist unverkennbar.

Parteisekretär STRZELECKI erklärte dazu am 21. Juni vor Warschauer Parteifunktionären:

"Man soll und muß zwischen der sozialistischen und der bourgeoisen Kultur unterscheiden, weil wir nur dann das Bewußtsein der Menschen richtig gestalten können. Die westliche Propaganda versucht unter dem Deckmantel der allgemeinen Kultur der Menschheit ihre Theorien bei uns

einzuschmuggeln, nach denen es auf dem Gebiete der Ideologie keine Konflikte gibt. Es gibt aber keine ideologische Koexistenz zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen System, es gibt und wird auch in Zukunft nur einen scharfen Kampf bis zum endgültigen Siege des Sozialismus geben."

3. Zum Tode von Johannes XXIII.

Mit aufrichtiger Trauer nahm man in Polen die Nachricht vom Tode des Papstes Johannes XXIII. auf. Sämtliche Presseorgane brachten neben der Nachricht auch noch längere Nachrufe, die der Person und dem Wirken des Verstorbenen gewidmet waren. Die Bilder des Papstes erschienen auf der ersten Seite mit einer schwarzen Umrandung.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schrieb am 4. Juni:

"Vom ersten Augenblick seiner Regierungszeit stellte sich Papst Johannes XXIII. auf die Seite des Friedens. Diese Haltung krönte er mit seiner Enzyklika 'Pacem in terris'. Dieses bedeutende Dokument brachte dem Papste die Hochachtung aller friedliebenden Menschen unabhängig von ihrer Weltanschauung und politischen Überzeugung ein. Die Haltung von Johannes XXIII. war grundverschieden von jener seines Vorgängers. Bei der Gestaltung der Kirchenpolitik stützte er sich auf Tatsachen, vor allem sah er eine grundsätzliche Tatsache: die tiefe soziale und politische Veränderung in der heutigen Welt."

"Papst RONCALLI fand keine Anerkennung bei dem reaktionären Teil des Episkopats und ebenfalls nicht bei den westdeutschen Militaristen und Revanchisten. Wir erinnern uns noch an das Geschrei, das nach der Papstrede an die polnischen Bischöfe erhoben wurde, in der er vom polnischen Breslau und unseren 'Westgebieten' sprach. Die polnische Öffentlichkeit hat dagegen, ohne Unterschied ob Gläubige oder Ungläubige, diese Worte des Papstes mit tiefer Befriedigung empfangen. Ebenso war das der Fall bei der Enzyklika 'Pacem in terris'."

"Der Tod des Papstes wird ein Gefühl tiefer Trauer nicht nur unter den Katholiken erwecken, sondern auch unter allen jenen, die sein Wirken auf dem Gebiete des Friedens und der friedlichen Koexistenz mit Sympathie und Anerkennung verfolgten."

"Zycie Warszawy" schrieb unter dem gleichen Datum:

"In seinen Reden und Enzykliken gab Johannes XXIII. immer deutlicher der Überzeugung Ausdruck, daß die Menschheit sich für die Abrüstung und friedliche Koexistenz... entscheiden müsse. Die letzte Enzyklika 'Pacem in terris' formuliert diese Gedanken auf eindeutige Weise und wird zweifellos in die Geschichte der Kirche als Appell des Kirchenoberhauptes zur Erhaltung des Friedens eingehen."

In "Nowa Kultura" vom 9. Juni las man:

"Dem verstorbenen Papst warf man vor, daß er zu sehr 'nach links' tendierte. Er bestritt das nicht und pflegte zu entgegnen, daß er den einfachen Menschen näher stehen will. So begriff er seine Aufgabe, obwohl er Papst war, dem das Kirchenzeremoniell das Tragen von Tiara und prunkvollen sakralen Gewändern vorschreibt, damit er sich von einfachen Geistlichen und der Masse der Frommen unterscheidet. Es gab Päpste, die gnädig und erhaben herrschten, aber einfache Menschen aus einer verächtlichen Distanz betrachteten. Mit dieser Tradition brach Papst Johannes XXIII."

"Auch wir, Anhänger der materialistischen Philosophie, die wir niemals die religiöse Weltanschauung des Papstes teilten, nahmen die Nachricht über seinen Tod mit tiefer Trauer entgegen. Man denkt jetzt mit Besorgnis daran, ob sein Nachfolger fähig sein wird, der Sache des Friedens und der friedlichen Koexistenz soviel Verständnis entgegenzubringen."

4. Die polnischen Bischöfe und die Papstencyklika

Das offizielle Parteiblatt "Trybuna Ludu" engagiert sich selten in Polemiken gegen Vertreter der katholischen Kirche in Polen. Nach dem Oktober 1956 geschah das nur in Ausnahmefällen, wenn man einer solchen Polemik besonderen Nachdruck verleihen wollte. Sonst überläßt man die Diskussion mit Vertretern der katholischen Kirche einem Blatt, das kein amtliches Parteiorgan ist, das aber gleichzeitig ausreichende Publizität besitzt. Es handelt sich um "Zycie Warszawy". Am 14. Juni erschien dort eine längere Polemik über die Haltung des polnischen Episkopats gegenüber der letzten päpstlichen Enzyklika "Pacem in terris":

"Das polnische Episkopat widmete bis jetzt der Frage des Friedenskampfes kein großes Interesse. Das war auch in den letzten Jahren und selbst in den letzten Monaten so, obwohl der verstorbene Papst seine Appelle und Reden fast ausschließlich der Frage der Friedenserhaltung widmete. Keinen dieser Appelle haben die polnischen Bischöfe wahrgenommen."

"Es war nicht möglich, die Enzyklika 'Pacem in terris' zu verschweigen. Diese Enzyklika unterschied sich, was die Vorschläge zur Friedenserhaltung betrifft, nicht von den vorherigen Äußerungen des Papstes."

"Neulich wurde von den Kanzeln der Kirchen ein Brief der polnischen Bischöfe verlesen. Die Art, in der das Episkopat den Text der päpstlichen Enzyklika referiert, wich grundsätzlich von den Richtlinien des Papstes ab. Der Papst stellte ein Programm auf, das sich aus dem Glauben an den Menschen, an seine humanistische Natur ergab. 'Pacem in terris' ist die erste Enzyklika in der Geschichte der Kirche, die sich an alle Menschen, nicht nur an die Katholiken wendet. Papst Johannes XXIII. unterscheidet nicht zwischen guten und schlechten Menschen, und niemanden bezichtigt er einer Arbeit gegen den Frieden. Die polnischen Bischöfe verfahren hier anders."

"Das polnische Episkopat schafft eigene Kriterien bei der Teilung der Menschheit in Kräfte des Krieges und des Friedens. Zum Krieg rüsten angeblich diejenigen, die 'das Evangelium Christi und seine Kirche' bekämpfen. Es ist ein merkwürdiges Kriterium, das keiner Konfrontation standhält. Man muß nur staunen, wie das polnische Episkopat die allgemein bekannte Tatsache in einer geschichtlich unrichtigen Weise interpretiert. Diese Haltung entspringt logisch der bisherigen politischen Tätigkeit der Bischöfe, die sich gerne aller Mittel bedienen, um den Sozialismus und die Vision des sozialistischen Polens zu diskreditieren."

"Die einzige Form des Wirkens zugunsten des Friedens soll nach Vorschlag der Bischöfe das Gebet sein. Vom kirchlichen Standpunkt mag das vielleicht von Bedeutung sein. Trotzdem bedeutet die Beschränkung alleine auf das Gebet nicht nur eine Verarmung, sondern auch eine Entstellung der Idee der Enzyklika."

"Die Bischöfe sind konsequent. Sie besprechen das gesellschaftliche System in einer Art, als ob sie im kapitalistischen System leben würden. Sie betonen, das Privateigentum als einzig annehmbare Basis der gesellschaftlichen Beziehungen. Das tun sie, obwohl der Papst in seiner letzten Enzyklika Gedanken äußerte, die der Kirche ermöglichen würden, sich dem sozialistischen Gesellschaftsmodell anzupassen. Gänzlich verschwiegen haben sie den letzten, fünften Teil der Enzyklika, in dem man das Problem der Zusammenarbeit zwischen den Katholiken und Ungläubigen im positiven Sinne erläutert. Dieses Schweigen ist vielsagend."

Schlußfolgerung des Blattes ist, daß "das polnische Episkopat hartnäckig eine konservative Position einnimmt, die das Resultat eines reaktionären politischen Engagements" sei.

5. Der KENNEDY-Besuch in Deutschland

Relativ zurückhaltend waren die Kommentare der polnischen Presse zum Besuch des amerikanischen Präsidenten in Deutschland. Das offizielle Parteiblatt "Trybuna Ludu" kommentierte ihn am 29. Juni mit folgenden Worten:

"Das Publikum, vor dem KENNEDY sprach, reagierte am lebhaftesten auf alle Worte, die sich auf die Macht und die Verstärkung der Macht bezogen. Im Endergebnis war das, was die Bürger der Bundesrepublik und Westberlins aus dem Munde KENNEDYS hörten, nicht gerade dazu geeignet, unter den Deutschen die Neigung zum realistischen Denken zu vergrößern."

"Der Besuch KENNEDYS und seine Worte werden sicher jenen Kräften in Westdeutschland Mut einflößen, die die Bundesrepublik maximal bewaffnen und ihre Position in der westlichen Welt weiter festigen möchten. Das ist aber vom Standpunkt des Friedens und der Entspannung kein günstiges Ergebnis."

6. Harold WILSON in Warschau

Auf dem Rückwege von Moskau nach London verbrachte der Vorsitzende der britischen Labour Party, Harold WILSON, einen Tag in Warschau. Er wurde von GOMULKA, dem Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ und Politbüromitglied Zenon KLISZKO empfangen. Wie die Presse berichtete, besuchte er auch den Außenminister RAPACKI. Dieser muß sich nach wiederholten Herzinfarkten schonen und konnte wahrscheinlich aus diesem Grunde an dem Gespräch mit GOMULKA nicht teilnehmen.

Während einer auf dem Flugplatz kurz vor der Abreise improvisierten Pressekonferenz sprach sich WILSON positiv über die polnischen Initiativen zur Schaffung einer atomfreien Zone in Europa aus.

"Noch bevor ich Vorsitzender der Labour Party wurde, hob ich wie auch meine Kameraden die Bedeutung des polnischen Planes für ein atomfreies Mitteleuropa hervor."

WILSON fand, es sei normal, daß Polen auf alles, was die Bewaffnung Deutschlands betrifft, empfindlich reagiert:

"Wir glauben aber, daß das Problem breitere Aspekte hat. Es handelt sich vor allem darum, daß Atomwaffen nicht jenen Ländern zugestanden werden sollten, die sie noch nicht besitzen. Eine Verbreitung des Atomwaffenbesitzes halten wir für die Hauptgefahr."

Die polnische Presse berichtete über den kurzen Besuch WILSONs zwar ausführlich, aber nicht in sensationeller Form. Auch die Feststellung WILSONs, daß es in der Frage der Oder-Neiße-Grenze keinen Unterschied in der Haltung der polnischen Regierung und der Labour Party gebe, verschwand in den Spalten der Presse unter anderen Äußerungen des britischen Politikers und wurde nicht einmal in Form einer Schlagzeile hervorgehoben.

7. GOMULKA in Ostberlin

Zum dritten Male besuchte der polnische Parteichef in den letzten 10 Monaten ULBRICHT in Ostberlin. Der erste Besuch fand im Oktober vorigen Jahres statt; er hatte die Form eines offiziellen Regierungs- und Parteibesuches und wurde lange Zeit vorher geplant und vorbereitet. Mit ihm wurde der Zustand des "kalten Krieges" zwischen Warschau und Pankow beendet.

Der zweite Besuch (zum SED-Parteitag) war ursprünglich nicht vorgesehen und kam überraschend auf Wunsch CHRUSCHTSCHOWs zustande. Die dritte Visite GOMULKAs wurde so überstürzt anberaumt, daß man die schon für Ende Juni beschlossene Plenarsitzung des polnischen ZK auf Anfang Juli verlegen mußte. Dieser letzte Besuch erwies sich für GOMULKA nicht nur völlig nutzlos, sondern war beinahe für ihn demütigend.

Der polnische erste Sekretär mußte sich nämlich gefallen lassen, daß seine Äußerungen vom SED-Parteiorgan zensiert wurden.

"Manche westlichen Staatsmänner!", sagte GOMULKA mit deutlicher Anspielung auf den KENNEDY-Besuch, "bedienen sich Westberlins wie einer Karte in ihrem friedengefährdendem Spiel. Eine solche Politik muß auf den Widerstand unserer Länder und all derer stoßen, denen die Sache des Friedens am Herzen liegt."

Nach diesem Satz sprach der Pole noch einen anderen, den man zwar in "Trybuna Ludu" (1.7.63), nicht aber im "Neuen Deutschland" lesen konnte:

"Ich bin sicher, daß wir während meines Aufenthaltes hier in Berlin, obwohl er kurz bemessen ist, die Möglichkeit finden, uns über dieses Problem und auch über andere Fragen mit dem Genossen ULBRICHT und auch mit dem Genossen CHRUSCHTSCHOW sowie mit den anderen hier weilenden Genossen auszusprechen."

Die Unterschlagung dieses Satzes durch das offizielle Pankower Organ wirkte ausgesprochen peinlich, auch wenn das den Sowjetambitionen entsprach, die primär auf eine Behandlung der chinesischen Frage hinausliefen. GOMULKA verließ Ostberlin ein wenig mißgestimmt. In Warschau hielt man die Gratulationscour für ULBRICHT für psychologisch unklug. Man glaubte dort, CHRUSCHTSCHOW hätte eine andere Gelegenheit finden können, wenn er mit den Verbündeten seine Sorgen besprechen wollte.

II. WIRTSCHAFT

1. Ergebnisse des ersten Halbjahres

Schon am 26. Juni stellte die parteiamtliche "Trybuna Ludu" eine, wie sie sich ausdrückte, "Prognose" über die wirtschaftlichen Ergebnisse der ersten Jahreshälfte 1963. Vollständige statistische Zahlen sind noch nicht ermittelt, das allgemeine Bild sei aber schon sichtbar.

Diese Ergebnisse seien, so meint einleitend das polnische Blatt, durch zwei Tatsachen bedingt: den strengen Winter und die schlechten Erträge der letzten Ernte.

Die Zuwachsrate der industriellen Produktion sei die kleinste nach dem Kriege. Im Herbst vorigen Jahres, als man schon die schwache Ernte absehen konnte, unterzog der Parteichef GOMULKA die Planziele für das Jahr 1963 einer starken Reduzierung. Die industrielle Produktion sollte im ersten Halbjahr (im Vergleich zur I. Jahreshälfte 1962) nur um 5% steigen. Wenn man bedenkt, daß die jährliche Zuwachsrate im Durchschnitt ca. 10% betrug, muß man dieses Planziel als bescheiden bezeichnen. Aber auch diese Planaufgaben konnten nicht erfüllt werden. Die Steigerung der Produktion wird nur 4% betragen. Schuld daran ist der letzte Winter. Er wirkte sich nicht so stark im Maschinenbau aus, der die höchste Zuwachsrate von 14% aufweisen konnte, dafür aber litt die chemische Industrie, die sich früher fast genau so schnell entwickelte wie der Maschinenbau, unter der Kälte. Diesmal konnte die Chemie eine Steigerung von nur 4,6% erreichen. Die Lebensmittelindustrie erzielte die schlechtesten Produktionsergebnisse, (95% des Standes vom vorigen Jahr), die Produktion der Textilindustrie blieb auf der Vorjahreshöhe.

Die Situation in der Landwirtschaft wird ebenfalls als sehr schwer bezeichnet. Die Lieferungen der landwirtschaftlichen Betriebe sind in diesem Jahre wesentlich niedriger als im Vorjahre. Die entsprechenden Verluste betragen bei Milch 10%, bei Eiern 18% und bei Schlachtvieh 9%.

Die Bauinvestitionen sollten nach Wunsch der Planer um 8% höher liegen als vor einem Jahr. In Wirklichkeit konnte man nur das Vorjahrsniveau erreichen.

Die Rückstände der industriellen Produktion, die durch den strengen Winter verursacht wurden, werden nach Ansicht der Wirtschaftskreise mit gutem Erfolg nachgeholt. Das bezieht sich aber nur auf die Bruttoproduktion, damit sind aber keinesfalls wirtschaftliche Effekte und Rentabilität dieser Branchen gemeint. Damit ist es nicht gut bestellt, weil die geplante Steigerung der Beschäftigtenzahl wesentlich überschritten wurde, was eine Steigerung des Lohnfonds nach sich zog. Mit anderen Worten: man produziert in Polen im Augenblick teurer, und das nicht nur im Vergleich zu den Planzielen, sondern auch gegenüber dem Vorjahre.

2. Gegen die Zerstückelung der Bauernhöfe

Nach langen Vorbereitungen beschloß das polnische Parlament Ende Juni die Annahme des Gesetzentwurfes über die Beschränkung der Zerstückelung von Bauernhöfen. Während der 10 Jahre (zwischen 1950-1960) erhöhte sich die Zahl der Bauernhöfe von 3.165.000 auf 3.584.000, also um 419.000. Die Mehrzahl der neugeschaffenen "Höfe" umfaßt nicht mehr als 0,5 ha. Die Durchschnittsgröße eines Bauernhofes in Polen beträgt jetzt nur noch 4,9 ha.

In der stalinistischen Zeit machte man keine Versuche, den Prozeß der Zerstückelung zu bremsen. Man glaubte damals, je ungünstiger die Größenstruktur der Einzelbauernhöfe sei, um so besser seien die Aussichten für eine totale Kollektivierung der Landwirtschaft. Als man nach dem Kriege den Großgrundbesitz unter Bauern und Landarbeitern aufteilte, kümmerte man sich nicht darum, lebensfähige Bauernhöfe zu schaffen, weil man schon damals als fernes Ziel die Kolchosen im Auge hatte.

Unter GOMULKA kamen aber auch wirtschaftliche Erwägungen zur Geltung. Man sah ein, daß die totale Kollektivierung (bzw. Verstaatlichung des Bodenbesitzes, die man heute als bessere Lösung plant) ein sehr fernes Ziel ist, aber auch heute muß die Bevölkerung essen. Wenn man sich teure Importe ersparen will, muß die eigene landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden. Auf Zwerghöfen kann man aber weder rationell wirtschaften noch gute Erträge erzielen.

Das neue Gesetz sieht vor, daß Höfe, die kleiner als 8 ha sind, nicht geteilt werden dürfen. Es regelt auch die Art der Abzahlungen zugunsten der Erben, die den Hof nicht übernehmen werden. Sie beschränken sich nur auf studierende Jugend und solche, die arbeitsunfähig sind. Erben, die außerhalb der Landwirtschaft berufstätig sind, sind von den Auszahlungen grundsätzlich ausgeschlossen.

III. SOZIALE PROBLEME

1. HENNEKE nicht gefragt!

In einem Warschauer Produktionsbetrieb, der nur hochqualifizierte Arbeiter beschäftigt, erschienen für einige Monate polnische Soziologen, um dort die menschlichen Beziehungen zwischen den Arbeitskameraden, die sämtlich in Einzelakkordarbeit stehen, zu studieren.

Die Gesellschaftsforscher entdeckten bald, daß während der Arbeitspause bzw. vor dem Beginn der Arbeit sich um bestimmte Menschen Gruppen bildeten, bei einem größere, bei anderen kleinere. Es gab also Menschen, die im Zentrum des Interesses standen, ihre Kameraden, die sich um sie scharten, und noch eine dritte Kategorie von solchen, die sich an den Gesprächen der Gruppen nicht beteiligten und überhaupt zurückhielten.

Menschen, die für andere offensichtlich Anziehungspunkt bildeten, bezeichneten die Soziologen als "inoffizielle Anführer". Sie besaßen die Fähigkeit, die Meinung der anderen zu beeinflussen. Die Forscher gingen den Gründen ihrer starken Position nach. Es stellte sich heraus, daß es sich bei den "Anführern" um Arbeiter handelt, die zwar gute, aber keineswegs die besten Arbeitsleistungen aufweisen und in dem Betrieb schon seit mehreren Jahren beschäftigt sind. Die Außenseiter zerfielen in zwei Gruppen, die aus den schlechtesten und aus den besten Arbeitern bestanden. Die schlechten Arbeiter waren von Kameraden nicht sonderlich geschätzt und hielten sich deshalb zurück. Die Arbeiter mit den höchsten Leistungen im Werk wurden dagegen von den anderen boykottiert, weil man der Ansicht ist, daß sie durch ihren übermäßigen Arbeitseifer die Reserven der Arbeitsproduktivität zum Vorschein bringen, was eine Normerhöhung zur Folge haben wird. Sie waren also nach Ansicht der Kameraden im gewissen Sinne für die Arbeitskollegen "gemeingefährlich". Die Veröffentlichung dieses Berichtes der Soziologen im vielgelesenen Blatt "Zycie Warszawy" ist wiederum ein Beweis dafür, daß das "polnische Modell" der Volksdemokratie trotz aller Rückschläge der letzten Jahre und trotz der Gleichschaltungsversuche der Neostalinisten immer noch deutliche Unterschiede im Vergleich mit anderen Ostblockstaaten aufweist.